

In der Senatssitzung am 16. Dezember 2025 beschlossene Fassung

Der Senator für Finanzen
Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

16. Dezember 2025

Vorlage für die Sitzung des Senats am 16.12.2025

Klimaneutralität der bremischen Beteiligungsgesellschaften 2032 - 2. Zwischenbericht 2025

A. Problem

Der Senat hat am 15.11.2022 die Klimaschutzstrategie 2038 der Freien Hansestadt Bremen beschlossen; die Bremische Bürgerschaft hat diese am 25.01.2023 zur Kenntnis genommen. Die Klimaschutzstrategie 2038 hat zum Ziel, bis 2038 das gemäß Bremischem Klimaschutz- und Energiegesetz festgelegte Ziel der Klimaneutralität im Land Bremen zu erreichen. Die Klimaschutzstrategie 2038 umfasst auch den Aktionsplan Klimaschutz, der wiederum eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen beinhaltet; darunter auch die „Klimaneutralität der bremischen Beteiligungsgesellschaften bis 2032“. Zur Umsetzung dieser Maßnahme hat der Senat am 11.04.2023 verschiedene Beschlüsse gefasst. Der Senator für Finanzen und die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft wurden darum gebeten, dem Senat über die erstellten Pläne bis Ende 2024 gesammelt zu berichten und danach im jährlichen Rhythmus über den Umsetzungsstand dieser Pläne zu informieren.

B. Lösung

Der Senator für Finanzen und die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft legen hiermit den 2. Zwischenbericht vor. Nachdem in den Berichten zum 30.06.2024 absprachegemäß nur die Bilanzierung der Emissionen nach Scope 1 (Emissionen, die aus in eigenem Besitz befindlicher Quellen resultieren, z.B. Fuhrpark oder Betrieb eigener Heizkessel) und Scope 2 (Emissionen aus der Nutzung von Energie, z.B. der eigene Stromverbrauch, Wärme, Kühlung etc.) sowie die damit verbundenen Maßnahmen betrachtet wurden, werden erstmals in den aktuellen Berichten auch die Bilanzierung der Emissionen nach Scope 3 (Emissionen, die aus Aktivitäten resultieren, die nicht direkt zum Unternehmen gehören, wie z.B. verkehrsbedingte Emissionen für Anfahrtswege von Mitarbeitenden und Kund:innen) in die Betrachtung mit einbezogen.

Gemäß Senatsbeschluss vom 11.03.2025 werden seit diesem Jahr die Berichte zur Erreichung der Klimaneutralität der Gesellschaften mit bremischer Mehrheitsbeteiligung und die Berichte zum Mobilitätsmanagement in den bremischen Beteiligungsgesellschaften miteinander verbunden. Auch die Energieberichte sind gem. Senatsbeschluss vom 17.06.2025 Bestandteil der Klimaneutralitätsberichte und werden nicht mehr gesondert ausgewiesen.

a) Hilfsangebote der Verwaltung zur Erstellung der Berichte:

Die Beteiligungsgesellschaften werden fortlaufend bei der Bilanzierung der Emissionen und bei der Entwicklung der Strategie und der einzelnen Klimaschutzmaßnahmen durch das vom Umweltressort initiierte Netzwerk „Partnerschaft Umwelt Unternehmen“ (PUU) und durch die Klimaschutzagentur des Landes Bremen (energiekonsens) unterstützt.

Initiiert durch diese beiden Institutionen wurde u.a. eine Kooperationsplattform für Unternehmen geschaffen, die ein gemeinsames CO₂-Einsparziel erreichen wollen. Energiekonsens hat dazu am 09.04.2024 im Rahmen des Projekts „Mehr Energieeffizienz für Bremer Unternehmen“ den „Energieeffizienztisch Zero“ gestartet. Dieser „Effizienztisch Zero“ richtet sich explizit an die kommunalen Mehrheitsbeteiligungen, die das Klimaneutralitätsziel bis zum Jahr 2032 verfolgen. Aktuell nimmt rund ein Fünftel der hier adressierten Beteiligungsgesellschaften regelmäßig am „Effizienztisch Zero“ teil. Das Netzwerktreffen hat bisher sechs Mal stattgefunden.

Am 17.04.2025 wurde den Beteiligungsgesellschaften eine überarbeitete Fassung des Leitfadens zur Klimaberichterstattung und am 21.07.2025 eine zusätzliche Energiedatenerfassungs-Tabelle zur Verfügung gestellt.

Am 25.04.2025 wurde in Zusammenarbeit der Geschäftsstelle „Umwelt Unternehmen“ und energiekonsens eine virtuelle Schulungsveranstaltung zum Thema „Bilanzierung der Scope 3 Emissionen“ durchgeführt.

b) Überblick zur Berichterstattung in Bremen und Bremerhaven

Insgesamt sind aktuell 38 Beteiligungen im Land Bremen klimaneutralitätsberichtspflichtig. Davon entfallen 24 Beteiligungen auf die Stadtgemeinde Bremen und 14 Beteiligungen auf die Stadtgemeinde Bremerhaven.

Berichtspflichtige Beteiligungen im mehrheitlichen Besitz des Landes und der Stadtgemeinde Bremen sind die folgenden:

- Ausbildungsgesellschaft Bremen GmbH
- botanika GmbH
- BREBAU GmbH
- bremenports GmbH & Co. KG
- Bremer Aufbau-Bank GmbH
- Bremer Bäder GmbH
- Bremer Philharmoniker GmbH
- Bremer Spielcasino GmbH & Co. KG
- Bremer Straßenbahn AG
- Bremer Toto und Lotto GmbH
- BREPARK GmbH
- Fahren Bremen-Stedingen GmbH
- Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH
- Flughafen Bremen GmbH
- Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen
- GEWOBA AG Wohnen und Bauen
- Glocke Veranstaltungs-GmbH
- Governikus GmbH & Co. KG

- Hanseatische Naturentwicklung GmbH
- M3B GmbH
- Theater Bremen GmbH
- Universum Managementgesellschaft mbH
- Werkstatt Nord gemeinnützige GmbH
- WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH

Berichtspflichtige Beteiligungen im mehrheitlichen Besitz der Stadtgemeinde Bremerhaven:

- Arbeitsförderungs-Zentrum im Lande Bremen - Gesellschaft mit beschränkter Haftung (AFZ)
- Berufliche Bildung Bremerhaven gGmbH (BBB)
- Bremerhavener Beschäftigungsgesellschaft "Unterweser" mbH (BBU)
- Bremerhavener Entwicklungsgesellschaft Alter/Neuer Hafen mbH & Co. KG (BEAN)
- BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mit beschränkter Haftung (BIS)
- Bremerhavener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung (BVV)
- Entsorgungsbetriebe Bremerhaven, Anstalt öffentlichen Rechts (EBB)
- Erlebnis Bremerhaven, Gesellschaft für Tourismus, Marketing und Veranstaltungen mbH (Erlebnis)
- Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide gGmbH (Klinikum)
- Personal Aktiv GmbH (AKTIV)
- Stadthalle Bremerhaven Veranstaltungs- und Messegesellschaft mbH (Stadthalle)
- Städtische Wohnungsgesellschaft Bremerhaven m.b.H. (STÄWOG)
- Theater im Fischereihafen GmbH (TiF)
- Zoo am Meer Bremerhaven GmbH (Zoo)

Von den 38 berichtspflichtigen Beteiligungen haben 32 Gesellschaften einen Klimaneutralitätsbericht den Aufsichtsgremien vorgelegt (im Detail siehe c) Kurzberichte Bremen).

Darüber hinaus haben die folgenden Einrichtungen, die der Berichtspflicht nicht unterliegen, eigeninitiativ und auf freiwilliger Basis entsprechende Berichte erstellt:

- Für Bremen: Die Bremer Stadtreinigung AöR, der Umweltbetrieb Bremen¹ sowie die RehaZentrum Bremen GmbH (Tochtergesellschaft der Gesundheit Nord).
- Für Bremerhaven die drei Wirtschaftsbetriebe: Helene-Kaisen-Haus, der Rettungsdienst Bremerhaven sowie der Betrieb für Informationstechnologie Bremerhaven.

Die folgende statistische Übersicht bezieht sich auf die 32 eingereichten Berichte der

¹ Der Wortlaut der Maßnahme S-HB-IW-076 „Öffentliche Unternehmen als Vorbild – Stadt Bremen“ wurde hier sehr eng ausgelegt und bezieht sich demnach auf Bremische Beteiligungsgesellschaften. Der Eigenbetrieb Umweltbetrieb Bremen wurde daher in diesem Bericht nicht dargestellt. Für die kommende Berichterstattung wird dies jedoch geprüft.

berichtspflichtigen Beteiligungen. Für die Mehrzahl dieser Beteiligungen liegt inzwischen eine aktuelle Berichterstattung vor. Von den vorliegenden Berichten beziehen sich

- 20 Berichte (63 %) auf das Berichtsjahr 2024,
- fünf Berichte (16 %) auf das Berichtsjahr 2023,
- sieben Berichte (22 %) auf frühere Jahre (2019–2022) oder sie enthalten keine Datenangaben.

Die vorliegenden Berichte zeigen im Vergleich zur vorherigen Berichterstattung eine verbesserte Datentiefe, allerdings mit heterogener Ausgestaltung. Für das jeweilige Berichtsjahr geben 69 % der Gesellschaften Energieverbräuche (kWh/a) und 78 % CO₂-Emissionen (t CO₂e/a) an. 44 % berichten zusätzlich über ihre Energiekosten.

50 % der Beteiligungen geben Kennzahlen pro Mitarbeiter:in sowie 38% pro beheizte Fläche an. Eine Ausweisung der Scope 1 und 3 Emissionen pro Energieträger erfolgt bei 66 % der Beteiligungen, 69 % weisen Scope 2 aus.

Die Vergleichbarkeit der Emissions- und Einsparungsdaten ist jedoch weitgehend nicht gewährleistet, da sich die Berichte hinsichtlich Qualität, Datenbasis und methodischer Ansätze deutlich unterscheiden.

15 Gesellschaften (47 %) berichten über erste Reduktionen der Emissionen gegenüber ihrem Referenzjahr, teils infolge von Energieeffizienzmaßnahmen, Fuhrparkumstellungen oder dem verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien. Neun Gesellschaften (28 %) weisen hingegen Anstiege der Emissionen aus, insbesondere aufgrund erhöhter Bautätigkeit, einer gestiegenen Mitarbeitendenzahl oder verbesserter Datenerfassung. Acht Beteiligungen haben keine Angabe zur Entwicklung gemacht.

Häufig genannte Maßnahmen, die umgesetzt werden (sollen), umfassen:

- Energieeffizienzsteigerungen (z. B. Modernisierung von Beleuchtungs-, Lüftungs- und Gebäudetechnik),
- Ausbau erneuerbarer Energien und Umstellung der Wärmeversorgung (Photovoltaik, Wärmepumpen),
- Umstellung von Fahrzeugflotten auf E-Mobilität oder alternative Kraftstoffe,
- Betriebsoptimierungen (Heizmanagement, Nutzung von Abwärme).

Insgesamt sind erste strukturelle Fortschritte erkennbar, insbesondere bei der Steigerung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien.

c) Kurzberichte Bremen

Von den 24 Gesellschaften, die sich im mehrheitlichen Besitz des Landes bzw. der Stadtgemeinde Bremen befinden und von ihrer Berichtspflicht (z.B. aufgrund der Rechtsform oder der Größe des Unternehmens) nicht befreit wurden, haben 21 Gesellschaften einen Bericht vorgelegt. Drei Gesellschaften (Bremer Bäder GmbH, Bremer Philharmoniker GmbH und die Theater Bremen GmbH) sind ihrer Berichtspflicht nicht nachgekommen. Konkrete Gründe wurden nicht genannt.

Der Umsetzungszeitraum bis 2032 stellt einige Gesellschaften, die sich im mehrheitli-

chen Besitz der Freien Hansestadt Bremen befinden, vor deutliche finanzielle und personelle Herausforderungen, sodass bereits jetzt absehbar ist, dass das Ziel der Klimaneutralität für die meisten bremischen Mehrheitsbeteiligungen bis 2032 voraussichtlich nicht realisiert werden kann. Hierzu ist eine gesonderte Senatsvorlage von der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft und vom Senator für Finanzen in Vorbereitung.

Zu den Berichten im Einzelnen:

1. Ausbildungsgesellschaft Bremen GmbH (ABiG)

Die ABiG ist ein reiner Bürobetrieb ohne Produktion und firmeneigene Fahrzeuge, weshalb hier der Fokus bzgl. der Reduktion der CO₂-Emissionen auf den Bereichen Büroenergie, Mobilität und Beschaffung liegt. Im Berichtsjahr 2024 wurde die LED-Beleuchtung auf der zweiten Etage ausgetauscht. Der Endenergiebedarf (gesamt) ist im Berichtsjahr 2024 mit 17.765 kWh etwa auf Vorjahresniveau geblieben.

Aktuell werden folgende Maßnahmen umgesetzt:

- 1) Programmierbare Heizungsthermostate
- 2) Reduktion Papierverbrauch
- 3) Kauf von gebrauchten IT-Geräten
- 4) Sensibilisierung der Mitarbeitenden für Energie- und Ressourcenschonung

2. botanika GmbH

Die botanika GmbH konnte ihren Endenergiebedarf und die damit verbundenen Emissionen im Berichtsjahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr senken. Insgesamt betrugen die Emissionen 2024 im Bereich Scope 1 und 2 rund 400 Tonnen CO₂e. Für den Bereich Scope 3 wurden im Zusammenhang mit Mobilität erstmals Emissionen in Höhe von 902 Tonnen CO₂e ermittelt. Zur Erreichung der Klimaneutralität werden von der botanika sechs Handlungsfelder identifiziert: Beleuchtung, Gebäude, Wärmeverteilung, Wärmeerzeugung, regenerative Energien sowie Mobilität.

- 1) Handlungsfeld Beleuchtung: Der Einsatz von LED in der gesamten botanika ist in Umsetzung und wird sukzessive weiter fortgeführt. Im Schau-gewächshaus müssen dabei sämtliche Leuchten auf LED umgestellt werden. Der Einsatz von LED-Pflanzenbelichtung soll dann erfolgen, wenn LED-Leuchten eine Energieersparnis von 50% erzielen, was derzeit technisch noch nicht möglich ist.
- 2) Handlungsfeld Gebäude: Langfristig sind die gesamten gläsernen Hüllen wärmeschutztechnisch zu ertüchtigen. Hierzu müssen finanzielle Mittel eingeworben werden, da die Gewächshäuser nicht in den Anwendungsbereich des Gebäudeenergiegesetzes fallen und daher keine Bundesförderung für effiziente Gebäude möglich ist. Auch für die Erneuerung der Lüftungsklappen im Schau-gewächshaus, was mit einer signifikanten Energieeinsparung verbunden ist, sind hohe Kosten zu erwarten.
- 3) Handlungsfeld Wärmeverteilung: Durch den hydraulischen Abgleich des Gesamtsystems kann eine Wärmeeinsparung und vor allem eine niedrigere Vorlauftemperatur erzielt werden. Maßnahmen hierzu sind in Umsetzung.

- 4) Handlungsfeld Wärmeerzeugung: Ziel ist es, den Energieträger Erdgas zu ersetzen. Verschiedene Szenarien werden derzeit geprüft.
- 5) Handlungsfeld Regenerative Energien: Die Installation der PV-Anlage auf dem Dach ist erfolgt, die Installation einer PV-Anlage an der Fassade ist in Vorbereitung.
- 6) Handlungsfeld Mobilität: Die meisten im Mobilitätskonzept identifizierten Maßnahmen müssen in Abstimmung mit der Stiftung Bremer Rhododendronpark erfolgen, weil die Wege und teilweise die Parkflächen der Stiftung zuzuordnen sind. Dies betrifft vor allem die Optimierung der Fahrradstellplätze und die Schaffung neuer, sicherer Abstellmöglichkeiten an den Hauptzuwegungen zur botanika. Hier soll es regelmäßige Abstimmungsrunden geben, um die Maßnahmen aus dem Konzept umzusetzen.

3. BREBAU GmbH

Die BREBAU strebt eine Steigerung der Energieeffizienz und Senkung ihrer CO₂-Emissionen an und möchte dabei die zur Verfügung stehenden Ressourcen so nutzen, dass unter Berücksichtigung der Verantwortung in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht die Sicherstellung der Abläufe der Geschäftstätigkeit der BREBAU gewährleistet wird. Die BREBAU prüft im Rahmen der Möglichkeiten laufend, welche Maßnahmen effizient auf das Ziel einer Klimaneutralität einzahlen, um so die entsprechenden Handlungsprioritäten darauf abzustimmen. Grundsätzlich gilt dabei, dass sich die Prioritäten und Zeiträume der Maßnahmenplanung zur Einsparung von Emissionen an der Höhe des Einsparpotenzials, der Wirtschaftlichkeitsbewertung, der Höhe der Investitionen, der Schnelligkeit der Umsetzungsmöglichkeiten und dem damit verbundenen organisatorischen Aufwand bemessen. Ein Vergleich der CO₂-Bilanzen der BREBAU aus den Berichtsjahren 2021, 2022 und 2023 zeigt, dass der klimabereinigte Gesamtverbrauch der erfassten Energieträger nach einem zwischenzeitlichen Rückgang von 173,6 kWh/m² im Jahr 2021 auf 162 kWh/m² im Jahr 2022, im Jahr 2023 wieder auf 173,1 kWh/m² angestiegen ist. Die Entwicklung der Emissionen verläuft analog dazu. Im Berichtsjahr 2021 konnten klimabereinigte Emissionen von 34,1 kg/m² festgestellt werden, die im Jahr 2022 auf 31,1 kg/m² reduziert werden konnten. Für das Jahr 2023 ist im Vergleich zum Jahr 2022 eine Erhöhung von 1 kg/m² auf 32,1 kg/m² festzustellen.

4. bremenports GmbH & Co. KG

Die bremenports GmbH & Co. KG kompensiert bereits seit 2013 hinsichtlich Scope 1 und 2 nicht vermeidbare Restemissionen über Klimazertifikate. Im Berichtsjahr 2024 wurden gegenüber 2023 rund 22.106 kWh bzw. 1,7 % Endenergie (Scope 1 und 2) eingespart. Als Maßnahmen zur weiteren Emissionsminderung werden von bremenports die Handlungsfelder „Fuhrpark“ (vollständige Umstellung des Fuhrparks auf E-Mobilität) und „Wärmeversorgung“ im Hinblick auf die in der Hafenstraße 49 angemieteten Bürofläche identifiziert. Einige Emittenten im Bereich Scope 3 konnten zwar gut erfasst werden, so z.B. die Papiermengen, haben sich dann aber aufgrund der geringen Emissionsbeiträge als irrelevant herausgestellt. Daneben wurde eine umfangreiche Mitarbeitenden-Umfrage zum Pendelverkehr durchgeführt. Die Beteiligung der Mitarbeitenden an der Umfrage lag bei 56 %. Die Mitarbeitenden nutzen für ihren Weg zur Arbeit zu 22,98 % das Fahrrad oder gehen zu Fuß, je 14,92 % kommen mit ei-

nem E-Bike oder dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), ein motorisiertes Zweirad wird von 2,02 % genutzt, mit einem E-PKW kommen 5,24 % der Mitarbeitenden und zu 62,9 % wird der PKW mit herkömmlichem Antrieb genutzt. Aufgrund der fehlenden Anbindung des Standorts Brückenstr. 15 in Bremerhaven (sowie der kleinen Standorte wie die Deponie Seehausen, Schleuse Oslebshausen etc.) stellt der ÖPNV dort keine Alternative zum KFZ dar, allerdings gibt es einige Mitarbeitende, die auch dorthin mit dem Rad oder E-Bike pendeln. Außerdem ist anzuführen, dass der Anteil an Einpendler:innen (61 % aus dem Land Bremen) bzw. an Mitarbeitenden mit einer einfachen Wegstrecke von mehr als 15 km mit 51 % sehr hoch ist. Durch den Pendelverkehr entstehen laut Befragung und Hochrechnung ca. 380 t CO₂e/ Jahr. Im weiteren Zeitverlauf können zu den Kategorien Brennstoff- und energiebezogene Emissionen, Abfall und Geschäftsreisen weitere Maßnahmen entwickelt werden.

5. Bremer Aufbau-Bank GmbH (BAB)

An den Standorten der Bremer Aufbaubank fallen Emissionen durch Wärme- und Strombedarf an (Scope 1 und 2). Die CO₂-Emissionen sind im Vergleich zum Vorjahr um rd. 17% gesunken. Der Endenergiebedarf (gesamt) ist im Vergleich zum Vorjahr von 539.484 kWh um rd. 28% auf 387.853 kWh gesunken. Grund der hohen Senkung ist, dass neue Pumpen mit Wärmemengenzähler im Heizsystem am Domshof eingebaut wurden, die eine direkte Zuordnung der Energieverbräuche zu den einzelnen Mietparteien ermöglichen. Zuvor wurde die gesamte Energiemenge auf die m²-Nutzfläche umgerechnet. Dadurch werden die Modernisierungsarbeiten, die an den Räumlichkeiten der BAB durchgeführt wurden, jetzt besser sichtbar. Die Reduktion der CO₂-Emissionen verläuft nicht proportional zur Energieeinsparung, da nach der Corona-Pandemie wieder mehr Mitarbeitende im Büro anwesend waren und der Endenergiebedarf dadurch etwas angestiegen ist. Im Bereich des Scope 3 hat die BAB erstmals seit 2020 eine neue Mitarbeitenden-Befragung und Berechnung zu den Arbeitswegen durchgeführt. Trotz der ungefähren Verdopplung der Belegschaft fällt der Anstieg der Emissionen auf 35.040 kg CO₂ im Vergleich zu 2020 mit 27.170 kg moderat aus. Vorteilhaft wirkt sich hier aus, dass im Verhältnis mehr Mitarbeitende aus Bremen als aus dem Umland in der BAB arbeiten sowie die Maßnahmen zum mobilen Arbeiten und der Fahrradkeller mit Ladestation. Für Dienstfahrten sind 2024 Emissionen in Höhe von 3.600 kg CO₂ angefallen.

6. Bremer Bäder GmbH → fehlt

7. Bremer Philharmoniker GmbH → fehlt

8. Bremer Spielcasino GmbH & Co. KG

Mit der Erstellung der Treibhausgasbilanz 2023 hat die Bremer Spielcasino GmbH & Co. KG einen wichtigen Schritt zu mehr Klimatransparenz gemacht. Die Analyse zeigt, dass ein großer Teil der Emissionen durch den Stromverbrauch (Scope 2) sowie durch Besuchs- und Pendelverkehr (Scope 3) verursacht wird. Die geplanten Maßnahmen zur Reduktion der THG-Emissionen sind lt. Geschäftsführung wirtschaftlich realisierbar und praxisnah umsetzbar. Es soll eine Umstellung auf Ökostrom an beiden Standorten erfolgen, wodurch die Gesamt-Emissionen im Berichtsjahr 2024 voraussichtlich bilanziell um mehr als 43 % der Gesamt-Emissionen sowie 91,5 % der Emissionen in Scope 1 und

2 geringer ausfallen werden. Reelle Einsparpotenziale bestehen durch bauliche Optimierungen, ein gezieltes Mobilitätsmanagement und nachhaltige Einkaufsstrategien. Zusätzlich soll durch begleitende Schulungen der Mitarbeitenden ein nachhaltiges Verhalten gefördert werden, das die Dekarbonisierung in mehreren Kategorien langfristig unterstützt. Die Bilanz wird jährlich fortgeschrieben, um die Wirksamkeit der Maßnahmen kontinuierlich zu überprüfen und, falls erforderlich, anzupassen.

9. Bremer Straßenbahn AG (BSAG)

Die aktuelle Klimastrategie der BSAG wurde im Rahmen des Integrierten Klimaschutzkonzeptes von 2022 entwickelt (vgl. BSAG 2022). Darin wird eine CO₂e-Neutralität in Scope 1 und 2 bis 2038 anvisiert und entsprechende Handlungsfelder und Maßnahmen werden definiert. Für Scope 3 wurden ebenfalls erste strategische Überlegungen entwickelt, jedoch noch keine umfassenden quantitativen Reduktionsziele. Dies folgt ab 2026 im Rahmen der Klimaberichterstattung. Zu Scope 1 und 2: Der von der BSAG vorgelegte Bericht stellt den Pfad zur CO₂e-Neutralität der BSAG in Scope 1 und 2 bis 2038 dar und aktualisiert die an dieser Stelle in 2024 gemachten Angaben zu Maßnahmen, Zeithorizonten und Kosten. Zu Scope 3: Eine eingehendere Betrachtung der Scope 3 Emissionen sowie die Entwicklung einer Reduktionsstrategie für Scope 3 erfolgt auf Basis der 2025 erstellten Scope 3-Bilanz bis spätestens 2028. Diese Reduktionsstrategie wird dann im Rahmen dieser Klimaberichterstattung dargestellt.

10. Bremer Toto und Lotto GmbH (BTL)

Die Bremer Toto und Lotto GmbH führt aus, dass zwangsläufig auch andere Firmen eingebunden werden müssen, um die CO₂-Belastung des Unternehmens bis 2030 um 80 % zu senken. Es sei entscheidend, dass die grüne Infrastruktur weiter ausgebaut werde und alle gemeinsam ihren Beitrag leisten, um die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Die Annahmestellen seien für das Kerngeschäft des Unternehmens trotz steigender Internetumsätze unabdingbar und müssen daher trotz der CO₂-Emissionen weiter betrieben werden. Auch bei der Frage der Mitarbeitenden-Mobilität sehe das Unternehmen nach eigener Aussage keine Handlungsspielräume. Die Geschäftsführung hat bereits das Homeoffice, wo möglich und sinnvoll, etabliert. Es wurden viele Maßnahmen durchleuchtet, die das Unternehmen direkt betreffen, wie der Ausbau der PV-Anlage. Laut BUND ist die jetzige Konstellation an Solarelementen auf dem Gründach der Gesellschaft die Idealbestückung. Weitere Elemente auf dem Dach müssten zusätzlich statisch geprüft werden. Die Anlage, die Mitte 2024 auf dem Flachdach des Verwaltungsgebäudes installiert wurde, hat bis Ende des Jahres 7.959,16 kWh Strom erzeugt, wovon 6.189,19 kWh im Geschäftsbetrieb der BTL verbraucht wurden. Dadurch wurden insgesamt rd. 3,00 t CO₂ vermieden. Die BTL selbst konnte durch die Maßnahme 2024 knapp 13 % des Jahresverbrauchs an Strom (2,35 t CO₂) einsparen.

11. BREPARK GmbH

Der Gesamtenergieverbrauch der BREPARK lag im Jahr 2020 bei 2.665.620 kWh. Im Jahr 2023 belief sich der gesamte Energieverbrauch aus Gas, Kraftstoffen und Strom auf 2.528.238 kWh. Für das Jahr 2024 wurde ein Gesamtenergieverbrauch von 2.424.127 kWh ermittelt. Die Einsparung im Jahr 2023 ge-

genüber dem Vorjahr wurde vor allem durch den Austausch des Fuhrparks erzielt (57.325 kWh/a). Da Ökostrom als klimaneutral gilt, wurden nur die Reduktionen im Bereich Wärme und Kraftstoffe in CO₂e berücksichtigt. Bei den Kraftstoffen konnten durch den Austausch des Fuhrparks insgesamt 12,62 t CO₂e eingespart werden. Im Bereich Wärme belaufen sich die Einsparungen auf 8,99 t CO₂e. Insgesamt haben sich somit die Emissionen im Vergleich zum Vorjahr (2023) von 74,76 t CO₂e auf 53,14 t CO₂e um 21,62 t CO₂e verringert (28,91 %). Im Vergleich zum Basisjahr 2020 zeigen sich deutliche Einsparungen. So konnten im Bereich Kraftstoffe 25,88 t CO₂e und im Bereich Wärme 6,93 t CO₂e eingespart werden. Insgesamt haben sich somit die Emissionen im Vergleich zum Basisjahr (2020) von 85,95 t CO₂e um 32,81 t CO₂e verringert (38,18 %). Zur Reduktion der Treibhausgasemissionen werden von der BRE-PARK GmbH folgende Maßnahmen genannt:

- Scope 1: Elektrofahrzeuge anstelle von Verbrennern beschaffen
- Scope 2: Fernwärme nutzen, Austausch Beleuchtung auf LED (abgeschlossen)
- Scope 3: Gasheizungen durch Wärmepumpen ersetzen (vermietete Gebäude), Fernwärme nutzen (vermietete Gebäude), Verzicht auf Dienstreisen per Verbrenner oder Flugzeug, Privates Dienstwagenleasing für E-Fahrzeuge (wenn Aufsichtsrat zustimmt), Angebot Homeoffice, Austauschplattform Fahrgemeinschaft, Mitarbeitendeninformationen, Fahrradförderung Kundenverkehre, Elektromobilität Kundenverkehre

Mithilfe dieser Maßnahmen werden in Scope 1 und Scope 2 zukünftig 100 % aller Emissionen eingespart.

12. Fähren Bremen-Stedingen GmbH (FBS)

Wie bei den meisten Verkehrsbetrieben ist der Anteil der direkten Emissionen aus Verbrennungsprozessen mobiler Anlagen im Vergleich zu den anderen Emissionen überproportional hoch. Diese Scope 1-Emissionen entstehen durch den Betrieb von Dieselmotoren auf den Fährschiffen. Die Scope 2-Emissionen sind im Vergleich zu den Scope 1-Emissionen marginal und beeinflussen die Gesamt-CO₂-Bilanz des Unternehmens nur unwesentlich. Sie entstehen im Wesentlichen durch die Nutzung von Strom für das Verwaltungsbüro, für die Werkstatt und für die Sicherheitsbeleuchtung an den sechs Fähranlegern. Die FBS hat eine Vermittlungsvereinbarung über den Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien mit dem Städtischen Eigenbetrieb Immobilien Bremen geschlossen. Der aktuelle Stromvertrag endet zum 31.12.2026. Danach wird die FBS unter dem Rahmenvertrag der Gemeinschaft Strom aus 100 Prozent erneuerbaren Energien beziehen. Das Büro der FBS wird mit einer Gasheizung versorgt. Da die FBS als einzige Gewerbeeinheit Teil einer größeren Wohnungseigentümer-Gemeinschaft ist, bestehen nur sehr eingeschränkte Gestaltungsmöglichkeiten. Bei den Scope 3-Emissionen in der vorgelagerten Wertschöpfungskette der Zulieferer hat sich die FBS aufgrund der Relevanz und der Beeinflussbarkeit auf den Einkauf von Brennstoffen und das Pendeln der Beschäftigten beschränkt. Eine CO₂-Reduzierung kann nur durch die Verwendung alternativer Brennstoffe, durch Neubau oder durch einen Umbau der bestehenden Antriebe auf den Fährschiffen erreicht werden. Der überwiegende Anteil der Beschäftigten wohnt unweit des Arbeitsortes. Dementsprechend bewegen sich die "Pendler"-Emissionen im Zehntel-Prozentbereich. Dennoch motiviert die FBS ihre Mitarbeitenden durch das Angebot "Mein-Dienstrad", diese Emissionen weiter zu senken.

13. Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH (FBG)

Die FBG verzeichnet im Berichtsjahr 2024 einen Rückgang der Energieverbräuche und Emissionen gegenüber dem Vorjahr. Es wird ausschließlich erneuerbarer Strom eingekauft bzw. selbst erzeugt. Für die weitere Absenkung der Emissionen wurden die folgenden fünf Maßnahmen skizziert, mit denen im ersten Schritt 80 % der CO₂-Reduktion erreicht werden soll:

- 1) Umstieg auf Elektromobilität, da der Fuhrpark der größte einzelne CO₂-Emittent ist
- 2) Installation einer Photovoltaikanlage Hauptgebäude (Lengstraße 1)
- 3) Installation einer Photovoltaikanlage Betriebshofgebäude (Am Lunedeich 6)
- 4) Energetische Sanierung der Gebäudehülle Betriebshofgebäude (Am Lunedeich 6)
- 5) Installation einer Wärmepumpe Betriebshofgebäude (Am Lunedeich 6)

14. Flughafen Bremen GmbH

Die Emissionen der Flughafen Bremen GmbH konnten im Berichtsjahr 2022 um 337 t CO₂ gegenüber dem Vorjahr reduziert werden. Für die aktuelle Berichterstattung zur Klimaneutralität wurden die Effizienz- und Transformationsmaßnahmen zusammengefasst. Änderungen, die sich seit der Erstellung des Transformationskonzeptes (August 2024) ergeben haben, wurden dabei berücksichtigt. Erste Maßnahmen konnten bereits erfolgreich abgeschlossen werden. Drei große Maßnahmen mit einem Investitionsvolumen von über 2,5 Mio. € befinden sich derzeit in Bearbeitung: Dabei handelt es sich um eine PV-Freiflächenanlage und die Modernisierung der Beleuchtung im Terminal 1 und im Parkhaus 2. Auch zur Reduzierung der Scope 3-Emissionen wurden bereits zahlreiche Maßnahmen realisiert: Seit 1998 ist der Bremer Flughafen direkt an das Schienennetz der BSAG angeschlossen. Die direkte Anbindung an den ÖPNV ermöglicht seitdem die umweltfreundliche Erreichbarkeit des Flughafens sowohl für Fluggäste als auch für alle Beschäftigten am Flughafen. Für Mitarbeitende der Flughafengesellschaft stehen Angebote für Job-Ticket oder JobRad-Leasing zur Verfügung. Der Bau einer Fahrradabstellanlage befindet sich in der Planung. Mit dem Aufbau des Tanklagers für Sustainable Aviation Fuel (Biofuels und synthetische Kraftstoffe) wurde der Luftfahrt eine Alternative zum fossilen Kerosin zur Verfügung gestellt.

15. Gesundheit Nord gGmbH (GeNo)

Die beschlossene Restrukturierung der GeNo und die damit einhergehende baulich-infrastrukturelle Erneuerung und Anpassung leistet laut GeNo einen wesentlichen ökologischen Beitrag zur CO₂-Reduzierung. Im Berichtsjahr 2024 betrug die Emissionsminderung rund 12 % gegenüber dem Vorjahr. Die durch die Konzentration, der für den Versorgungsauftrag deutlich reduzierten und zu betreibenden Flächen, entsprechen nach der Umsetzung Neubauqualität und werden sich u.a. durch wenig Wärmeverluste und einen geringeren Heizbedarf auszeichnen. Die zum Betrieb der Flächen benötigte Energie wird durch Versorgungskonzepte der Energieversorger und durch Eigenerzeugung bereitgestellt, die bauordnungsrechtlich erwartet wird. Es wird davon ausgegangen, dass der Emissionsfaktor bis 2030 bereits deutlich reduziert sein wird.

16. GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen

Die eigene Zielsetzung der GEWOBA zur Erreichung der betrieblichen Klimaneutralität fokussiert sich auf die direkten (Scope 1) Emissionen in der eigenen Organisation, da die GEWOBA hier über direkte Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten verfügt. Gleichwohl werden Maßnahmen zur Reduktion der Emissionen in Scope 2 und Scope 3 weiter über beeinflussbare Maßnahmen und Anreize verfolgt. Zur Erreichung der betrieblichen Klimaneutralität ist die GEWOBA in sieben wesentlichen Handlungsfeldern tätig und operationalisiert diese über eine interne, detaillierte Maßnahmentabelle. Im Bereich der direkten Emissionen (Scope 1) erwartet die GEWOBA eine Reduktion um 514 Tonnen CO₂e bis 2030, was einer Reduktion von 87 % entspricht. Aufgrund von heute noch nicht verfügbaren, CO₂e-freien Alternativen werden weitere Emissionen auch nach 2032 erwartet. Für die Gesamtemissionen (Scope 1-3) ist eine Reduktion um 772,9 t CO₂e bis 2030 beziehungsweise 826 t CO₂e bis 2032 erwartbar. Dies entspricht einer Reduktion von 64 % beziehungsweise 68 %. Hier werden aufgrund der Abhängigkeiten von Dritten weitere Emissionen auch nach 2032 erwartet. Die GEWOBA geht hier von einer fortschreitenden Dekarbonisierung und der Erreichung der Klimaneutralität bis 2038 aus.

17. Glocke Veranstaltungs-GmbH

Die Glocke Veranstaltungs-GmbH hat in diesem Jahr die Zusage für die beantragte Förderung (Kommunalrichtlinie) durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz sowie für die Ko-Finanzierung durch die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft erhalten. Mithilfe der Mittel aus beiden genannten Förderprogrammen und zusätzlichen Eigenmitteln kann sodann eine Einstiegsberatung ausgeschrieben und umgesetzt werden. Es ist davon auszugehen, dass sich im Rahmen dieser Einstiegsberatung weitere Maßnahmen ergeben werden. Das Projekt „Umbau und Erweiterung – Konzerthaus *Die Glocke*“ befasst sich umfänglich mit der Klimaneutralität des zukünftigen Konzerthauses. So werden im Rahmen der Planungen bereits Themen wie bspw. Fernwärme berücksichtigt und bewertet. Die im vergangenen Jahr durchgeführte Online-Befragung gab einen ersten Einblick in das Mobilitätsverhalten der Besuchenden des Konzerthauses „Die Glocke“. Nachteilig war hierbei, dass die Umfrage aufgrund der geringen Zahl der Teilnehmenden nicht repräsentativ war. Daher ist, vorbehaltlich der Finanzierung, geplant, die Befragung noch einmal in Präsenz im Konzerthaus durchzuführen, um auf diese Weise tragfähigere und repräsentativere Aussagen u. a. zum Mobilitätsverhalten der Besuchenden zu erhalten.

18. Governikus GmbH & Co. KG

Governikus verursacht aktuell insgesamt rund 262 Tonnen CO₂ pro Jahr. Pro Mitarbeiter:in entstehen im Durchschnitt etwa 788 kg CO₂. Rechnet man die Emissionen dagegen hoch auf den Jahresumsatz, liegt Governikus bei 7,547 kg CO₂ pro verdienten T€ (1000 Euro) bzw. rund 7,5 Tonnen pro eine Mio. € Umsatz. Der gesamte Stromverbrauch für Büro- und Arbeitsräume an den Standorten beläuft sich 2024 auf 83.797 kWh. Basierend auf dem durchschnittlichen Emissionsfaktor für Strom in Deutschland (ca. 0,435kg CO₂ pro kWh – Marktstandard, sofern kein Grünstrom bezogen wird) ergibt sich eine Emissionsmenge von ca. 36,45 Tonnen CO₂. Je nach Verfügbarkeit wird angestrebt, die bestehenden Stromtarife in vertretbarer wirtschaftlicher Abwägung in „Grün-

Stromtarife“ bis 2030 zu überführen. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 276.653 km dienstlich zurückgelegt. Diese erfolgten vorwiegend mit Bahn und PKW sowie anteilig per Flugverkehr. Die daraus resultierenden Emissionen wurden auf Basis standardisierter Emissionsfaktoren (z. B. Umweltbundesamt) berechnet und betragen 17,6 Tonnen CO₂. Ein wesentlicher Beitrag zur Reduktion der Emissionen ergibt sich aus der konsequenten Nutzung der Bahn für Geschäftsreisen. Bei den Arbeitswegen der Mitarbeitenden entstehen jährlich insgesamt rund 36,7 Tonnen CO₂. Das entspricht etwa 122 kg CO₂ pro Mitarbeiter:in und Jahr. Der Großteil der Emissionen entfällt dabei auf den motorisierten Individualverkehr sowie den ÖPNV, während das Fahrrad als emissionsfreies Verkehrsmittel rechnerisch keine Klimawirkung verursacht. Governikus hat eine sehr hohe Homeoffice-Quote, gewährt Zuschüsse oder Leasingangebote für Dienstfahrräder oder E-Bikes, um den Radverkehr zu fördern und stellt Jobtickets oder Zuschüsse für Bus und Bahn bereit, um den Umstieg vom Auto zu erleichtern. Durch Verkäufe von ausgedienter Hardware an die Beschäftigten für die private Nutzung können die Geräte weitergenutzt werden, somit werden Käufe auf Seiten der Mitarbeitenden ggf. vermieden und die Nutzungsdauer der Geräte wird verlängert, was Ressourcen spart und damit CO₂ reduziert.

19. Hanseatische Naturentwicklung GmbH (haneg)

Von den im Jahr 2024 durch Scope 1 und 2 insgesamt emittierten 12,2 t CO₂e macht Wärme (Scope 1) mit 4,99 t CO₂ ca. 41 % an der Bilanz aus. Auf Strom (Scope 2) entfallen mit 7,21 t CO₂ 59 %. Der Anstieg von 1,09 t CO₂ von 2024 im Vergleich zum Vorjahr ist auf die Steigerung der Zahl der Mitarbeitenden zurückzuführen. Es wurden einige Maßnahmen zur Emissionsreduktion über Scope 1 und 2 identifiziert. Sie befinden sich, wo möglich, in Umsetzung. Bei der Wärmeversorgung hat die haneg als Unternehmen im Mietverhältnis wenig Einflussmöglichkeiten. Eine Umstellung von Wärme aus Erdgas zu Fernwärme ist aktuell beim Vermieter nicht vorgesehen, so dass in Scope 1 keine weiteren Maßnahmen ergriffen werden können. In Scope 2 wurde die Umstellung auf LED-Beleuchtung als Maßnahme identifiziert. Da bereits 85% der Beleuchtung über LEDs erfolgt und aufgrund der hohen Investitionskosten nur eine sukzessive Umstellung bei Neuanschaffung bzw. Ersatz sinnvoll ist, sind weitere Einsparungen in diesem Segment zum aktuellen Zeitpunkt nicht geplant. Eine vielversprechendere Maßnahme wäre die Umstellung von konventionellen Stromanbietern auf Ökostrom. Diese befindet sich bereits in der Umsetzung. Wenn von einer Emissionsreduktion von 100% beim Wechsel zu erneuerbaren Stromerzeugern ausgegangen wird, bedeutet dies auf Grundlage der Bilanz aus 2024 eine Reduktion um 7,21 t CO₂ im Bereich Beleuchtung. Die Gesamtbilanz aus Scope 1 und 2 Emissionen würde damit von 12,2 auf 4,99 t CO₂ sinken und eine Einsparung von 59 % herbeiführen. Für die Bilanzierung von Scope 3 Emissionen wurden in dieser Berichterstattung insbesondere die Mobilität von Mitarbeitenden als Arbeitsweg und die betriebliche Mobilität über die Firmenwagen ausgewertet. Zudem wurden die Emissionen von Dienstleistungen auf 32 t CO₂e geschätzt. Eine Bilanzierung dieser Schätzung erfolgt in der nächsten Berichterstattung. Da die Emissionen der Dienstleistenden die Emissionen der haneg deutlich übersteigen, soll für dieses Segment eine Strategie zur Umsetzung von Einsparungen entwickelt werden.

20. M3B GmbH

Im Berichtsjahr 2024 lagen die Emissionen der m3B GmbH um 52 t CO₂e bzw. 1,8 % unterhalb den Vorjahresemissionen. Die Erstellung eines Klimaschutzkonzepts für die M3B wurde in Auftrag gegeben und zurzeit erstellt. Zugleich erfolgte die offizielle Aufnahme in die Partnerschaft Umwelt Unternehmen Bremen. Dadurch können Synergien mit anderen Bremer Unternehmen entstehen und Potenziale gehoben werden. Eine genauere Planung zu möglichen Maßnahmen wird sich aus dem Klimaschutzkonzept ergeben. Mit der Ausarbeitung wurde begonnen. Im Zuge der Konzepterstellung wird auch eine umfangreiche Scope 3 Analyse durchgeführt. Im Juli 2025 wurde erfolgreich das Energiemanagementsystem nach ISO 50001 eingeführt und zertifiziert. Das Energiemanagementsystem erhöht die Datentransparenz und Verfügbarkeit und wird in Zukunft auch die Klimaberichterstattung vereinfachen.

21. Theater Bremen GmbH → fehlt

22. Universum Managementgesellschaft mbH

Die Universum Managementgesellschaft mbH bezieht Fernwärme und Ökostrom. Da diese lt. der jeweiligen Energieversorger als CO₂-neutral ausgewiesen werden, ergeben sich hieraus keine Emissionen. Bei den geplanten Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen ist die energetische Ertüchtigung ein Faktor, welcher berücksichtigt wird. Details und Einsparpotentiale der Verbräuche können erst im Laufe einer Planung ermittelt werden. Ein weiteres Fahrzeug mit Verbrennungsmotor aus dem Fuhrpark soll perspektivisch in ein Fahrzeug mit Hybridantrieb getauscht werden. Alternativ wurde die Anschaffung eines vollelektrischen Fahrzeuges geprüft, jedoch aus Kostengründen verworfen, da die Nutzung des Fahrzeuges u. a. auch Verkaufsreisen mit weiten Entfernungen und umfangreicher Belademöglichkeit für diverse Materialien umfassen wird.

Es werden von der UMG folgende Maßnahmen angestrebt, um Scope 3-Emissionen zu vermeiden:

- Verstärkte Kommunikation der ÖPNV-Anbindung auf der Homepage
- Aufbau eines überdachten Fahrradständers
- Kompensation Flüge bei Dienstreisen
- Wegweiser fürs Haus auch durch QR-Code (weniger gedruckte Flyer)
- Teilnahme Mobilitätsumfrage BUND Bremen
- Platzierung eines Ticketmülleimers am Ausgang (Altpapier-Recycling)

23. Werkstatt Nord gGmbH

Da sich die Werkstatt Nord gGmbH in angemieteten Räumlichkeiten befindet, sind die von ihr beeinflussbaren Maßnahmen im Bereich von Scope 1 und 2 zur Erreichung der Klimaneutralität begrenzt. Als Maßnahme wird der restliche Austausch der Beleuchtung auf LED-Technologie identifiziert, wofür eine Ko-Finanzierung durch das Land Bremen beantragt wurde. Scope 3-Emissionen machen bezogen auf das Gesamtunternehmen 36,5% der Gesamtemissionen (34,05 t CO₂e) aus. Größter Anteil mit 20,41% ist hierbei das Pendeln der Arbeitnehmer:innen zwischen Wohnung und Arbeitsstätte.

24. WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH

Mit dem Vorliegen der ganzheitlichen CO₂e-Bilanz für die WFB können die unterschiedlichen Emissionsquellen und ihr Anteil an den Gesamtemissionen neu

betrachtet, eingeordnet und in Bezug auf die Klimastrategie neu priorisiert werden. Die Ergebnisse zeigen, dass die Emissionen in Scope 1 verhältnismäßig gering sind (1,5 %) gegenüber den Emissionen in Scope 3 (98,5 %). Damit fällt der Großteil der Emissionen in Verbindung mit Prozessen und Tätigkeiten an, bei denen die WFB ausschließlich über ein Mitbestimmungsrecht verfügt, Veränderungen jedoch nicht eigenständig bestimmen und umsetzen kann. Sowohl in der vorgelagerten als auch nachgelagerten Wertschöpfungskette ist die WFB bei der Reduktion der Emissionen von der Mitwirkung weiterer Akteur:innen und dem Angebot auf dem Markt abhängig. Dementsprechend reduziert sich in Scope 3 der Handlungsspielraum auf die Mitverantwortung in der Reduktion der Emissionen. Dennoch gibt es eine Reihe von Maßnahmen, die die WFB überwiegend in Eigeninitiative umsetzen kann und die auch teilweise mit verhältnismäßig geringen Investitionskosten verbunden sind, wie z.B. der Aufbau eines nachhaltigen Produktportfolios im Bereich Bremen Tourismus, die verstärkte Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bei der Beschaffung von Produkten und der Organisation von Veranstaltungen, Messen und Kongressen, u.a. anhand von WFB-internen Leitlinien, oder die weitere Effizienzsteigerung bei der Nutzung von IT-Infrastruktur (wie z.B. durch die Verlängerung der Nutzungsintervalle). Einige der Maßnahmen können größtenteils durch die Mitarbeitenden der WFB selbst bearbeitet und in der Umsetzung begleitet werden, ggf. durch Hinzuziehen von externer Expertise. Im Ergebnis fokussiert das Set an Scope 3 Maßnahmen auf Grundlagen schaffen, Vorarbeiten leisten und Akteur:innen mit ins Boot holen, um dann im weiteren Prozess der Umsetzung des Maßnahmenkatalogs informiert und gezielt vorgehen zu können. Die Umsetzung des Maßnahmenplans zur Erreichung der betrieblichen Klimaneutralität der WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH fokussiert die Umsetzung der Maßnahmen in Eigenverantwortung (Scope 1 und 2) im Rahmen der (eingeschränkten) Möglichkeiten der WFB sowie die sukzessive Intensivierung der Aktivitäten zur Reduktion der Emissionen in Scope 3, stets unter dem Grundsatz der technischen Möglichkeiten und der wirtschaftlichen Zumutbarkeit.

Zusätzlich eingereichte Berichte:

Die Bremer Stadtreinigung (DBS), Anstalt öffentlichen Rechts

Drei von 27 Maßnahmen konnten seit Vorlage des integrierten Klimaschutzkonzepts erfolgreich umgesetzt werden (neue Verträge zum Einkauf von Grün-Strom, Einstellung eines Nachhaltigkeitsmanagers, PV-Dachanlage Borgfeld). Fünf weitere Maßnahmen konnten zudem anteilig umgesetzt werden. Zwei Maßnahmen wurden zurückgestellt. Zehn Maßnahmen befinden sich in Bearbeitung und die restlichen sieben in der Planung. Im Jahr 2025 sollen von der DBS folgende Maßnahmen beginnen bzw. umgesetzt werden:

- Seit dem 24.04.2025 werden die für den Kraftstoff freigegebenen Fahrzeuge am Standort der Blocklanddeponie mit HVO-100 betrieben. Dadurch können prognostiziert in 2025 42.990 Liter Diesel durch den klimafreundlicheren Kraftstoff ersetzt werden.
- Die Eröffnung der neuen Recycling-Station Osterholz (Passivhaus-Standard) ist im Spätsommer 2025 erfolgt.
- Inbetriebnahmen je einer PV-Dachanlage in Blumenthal und Osterholz in 2025

- Durchführung von Veranstaltungen zur Bewusstseinschärfung und Verhaltenssensibilisierung
- Übernahme, Umschlagtransport und Entsorgung von Sperrmüll, von gemischten Bau- und Abbruchabfällen, von A-I- bis A-III-Holz sowie von A-IV-Holz und Dachpappe aus der Stadtgemeinde Bremen wurde neu ausgeschrieben. Mit dieser Maßnahme erfolgt die Separierung von Holz A-I-III und A-IV Holz. A-I-III-Holz soll vornehmlich stofflich verwertet werden. Zudem müssen die Anforderungen der Fahrzeuge für Umschlagtransporte der Abgasnorm EURO 6 erfüllt sein.

RehaZentrum Bremen GmbH (Tochter der GeNo)

Die RehaZentrum Bremen GmbH hat erstmals einen Bericht vorgelegt und darin folgende Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität identifiziert:

➔ Scope 1 und 2:

- 1) Flächendeckender Einsatz von LED-Technik
- 2) Einsatz von Präsenzmeldern in Flurbereichen, Lagerräumen und Sanitärbereichen
- 3) Heizkreispumpen gegen Hocheffizienzpumpen austauschen
- 4) SOLL-Raumtemperaturen prüfen und ggf. optimieren
- 5) SOLL-Volumenströme prüfen und ggf. optimieren
- 6) Möglichkeit der Installation einer PV-Anlage zur Eigenstromnutzung prüfen
- 7) Sensibilisierung von energiesparendem Lüftungsverhalten und generell Klimaschutzmaßnahmen

➔ Scope 3:

- 1) Stetige Überwachung und Optimierung von Druckprozessen
- 2) Einsatz von Recyclingpapier
- 3) Papierloses Arbeiten und Verbesserung von Workflows
- 4) Mülltrennung in der Verwaltung
- 5) Umstellung der bezogenen Gerichte auf 100 % vegetarische Gerichte
- 6) Individualverkehr auf Sammeltransporte umstellen

d) Kurzbericht Bremerhaven:

Elf von 14 Gesellschaften mit Bremerhavener Mehrheitsbeteiligung stellen in ihren Plänen zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2032 verschiedene Maßnahmen vor, die durch Anpassungen in den Bereichen der direkten Treibhausgas-Emissionen (Scope 1), der indirekten Treibhausgas-Emissionen aus eingekaufter Energie (Scope 2) und der vor- und nachgelagerten indirekten Treibhausgas-Emissionen innerhalb der Wertschöpfungskette (Scope 3) zu einer Reduktion von CO₂-Emissionen führen. Die Maßnahmen in den Bereichen Scope 1 und Scope 2 beinhalten unter anderem Umstellungen der Energieträger, Umstellungen auf regenerative Energien, den Ausbau lokaler, regenerativer Stromversorgungen sowie Energieeffizienzmaßnahmen. Maßnahmen im Bereich Scope 3 beinhalten unter anderem eingekaufte Waren und Dienstleistungen, Geschäftsreisen, Personalverkehr und Digitalisierung. Aufgrund von Unterschieden in der Datengrundlage wurden die Berichte aufbereitet und in einer tabellarischen Übersicht zusammengefasst. (Anlage)

Dabei werden geplante Maßnahmen, Maßnahmen in Umsetzung und umgesetzte Maßnahmen berücksichtigt. Die Stadtkämmerei ist bestrebt, auch die Wirtschaftsbetriebe in die Maßnahme miteinzubeziehen, um das Ziel der Klimaneutralität im Land Bremen zu erreichen, wobei drei von vier Wirtschaftsbetrieben einen Bericht vorgelegt haben. Die

Arbeitsförderungs-Zentrum im Lande Bremen - Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die Entsorgungsbetriebe Bremerhaven, Anstalt öffentlichen Rechts und die Stadthalle Bremerhaven Veranstaltungs- und Messgesellschaft mbH haben bisher keine Berichte im Rahmen der diesjährigen Berichterstattung eingereicht.

Die derzeit noch ausstehende Befassung des Magistrats der Stadt Bremerhaven mit der Berichterstattung über die Erreichung der Klimaneutralität bis 2032 ist parallel zur Senatsbefassung vorgesehen.

e) Weiteres Vorgehen:

Der Senator für Finanzen wurde gemäß Senatsbeschluss vom 11.04.2023 darum gebeten, den Senat über den Umsetzungsstand der Pläne zur Erreichung der Klimaneutralität der Gesellschaften mit mehrheitlicher Beteiligung im jährlichen Rhythmus zu informieren. Der nächste Bericht wird zum Jahresende 2026 vorgelegt. Die Gesellschaften werden gebeten, der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft ihre Berichte bis zum 30.09.2026 vorzulegen. Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft gemeinsam mit dem Senator für Finanzen setzen sich für eine Vereinheitlichung des Berichtswesens ein.

C. Alternativen

Alternativen können nicht empfohlen werden.

D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung / Klimacheck

Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen sowie genderbezogene Aspekte lassen sich aus dem Auftrag an die mehrheitlichen Beteiligungsgesellschaften, einen Plan zu erarbeiten und die daraus zu ergreifenden Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität zum derzeitigen Zeitpunkt nicht abschließend quantifizieren. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass sowohl mit der Erstellung/Evaluation der Pläne zur Erreichung einer Klimaneutralität als auch mit der Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen eine erhebliche Kostenbelastung für die Beteiligungsgesellschaften verbunden sein dürfte. Die Ermittlung der Kostenbelastung für die einzelnen Gesellschaften sowie ein realistischer Umsetzungszeitpunkt zur Erreichung der Klimaneutralität in den Beteiligungsgesellschaften wird in einer gesonderten Senatsvorlage dargestellt. Mit dieser wird dann dem im Senatsbeschluss vom 11.03.2025 formulierte Prüfauftrag entsprochen.

Die Beschlüsse in der Senatsvorlage haben, auf Basis des Klimachecks, voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz. Gleichwohl ist durch die Umsetzung der Klimaschutzkonzepte der Beteiligungsgesellschaften ein erheblich positiver Einfluss auf den Klimaschutz zu erwarten.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Vorlage ist mit der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, dem Senator für Kultur, dem Senator für Inneres und Sport, der Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation, der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, der

Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, der Senatskanzlei und dem Magistrat Bremerhaven abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Vorlage ist nach Beschlussfassung des Senats zur Veröffentlichung geeignet.

G. Beschluss

1. Der Senat nimmt den 2. Zwischenbericht zur Erreichung der Klimaneutralität der Gesellschaften mit bremischer bzw. Bremerhavener Mehrheitsbeteiligung zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet darum, die von den Gesellschaften zu erstellenden und von den jeweiligen Aufsichtsgremien zu beschließenden Berichte in den Folgejahren der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft jeweils bis zum 30.09. vorzulegen.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft, zum 31.12.2026 einen Bericht zur Entwicklung der Emissionen der bremischen Mehrheitsbeteiligungen für das Geschäftsjahr 2025 vorzulegen.
4. Der Senat bittet den Senator für Inneres und Sport und den Senator für Kultur, dafür Sorge zu tragen, dass die Beteiligungen Bremer Bäder GmbH, Bremer Philharmoniker GmbH und Theater Bremen GmbH die Wichtigkeit des Klimaneutralitätsziels anerkennen und die ausstehenden Berichterstattungen anstoßen, damit spätestens zur nächsten regulären Berichterstattung diese Informationen zu den genannten Beteiligungen vorliegen.
5. Der Senat bittet den Magistrat der Stadt Bremerhaven dafür Sorge zu tragen, dass die Arbeitsförderungs-Zentrum im Lande Bremen – Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die Entsorgungsbetriebe Bremerhaven, Anstalt öffentlichen Rechts und die Stadthalle Bremerhaven Veranstaltungs- und Messegesellschaft mbH die Wichtigkeit des Klimaneutralitätsziels anerkennen und die ausstehenden Berichterstattungen anstoßen, damit spätestens zur nächsten regulären Berichterstattung diese Informationen zu den genannten Beteiligungen vorliegen.

Anlage: Tabellarische Zusammenstellung des Magistrats Bremerhaven „Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2032“